

OSTERMARSCH 2022:

Aggressor gegen die MLPD zieht sich mit Geldbuße und Schuldeingeständnis aus der Schlinge

23.6.2023

– DIE STAATSANWALTSCHAFT DORTMUND HATTE ANKLAGE GEGEN HANS-PETER SCHULZ ERHOBEN, DER PROZESS STAND VOR DER TÜR.

Für den 3. August war ein Prozess über die Anklage der Staatsanwaltschaft Dortmund gegen H.-P. Schulz angesetzt. Wir erinnern uns: Ostermarsch 2022, kurz nach dem Beginn des Ukrainekriegs durch den Überfall des imperialistischen Russland. Auf dem Ostermarsch Rhein-Ruhr sollte sowohl auf dem Abschnitt in Duisburg als auch in Dortmund dem Block des Internationalistischen Bündnisses, in dem auch die MLPD mitging, die gleichberechtigte Teilnahme untersagt werden. Dabei kam die klare Kante gegen alle Imperialisten sowohl gegen die Förderung des Krieges durch die Nato an der Seite der ukrainischen Regierung als auch gegen den imperialistischen Überfall Russlands gut an und sie mobilisierten zu einer Demo als Auftakt einer neuen bundesweiten Friedensbewegung am 8. Mai im Ruhrgebiet. Die Kräfte um die DKP hofierten Russland als „Friedensmacht“ und rechtfertig-

ten den Überfall auf die Ukraine. Die Kritik an den Positionen der DKP stieß schon auf dem Sammelplatz auf reges Interesse, wodurch sich H.-P. Schulz als Rechtfertiger der russischen Invasion herausgefordert sah. Er zeichnete sich schon in Duisburg durch sein aggressives Verhalten gegen die Teilnahme der MLPD mit einem offenen Mikrophon beim Ostermarsch aus. Das Vorgehen gegen den Block des Internationalistischen Bündnisses gipfelte dann beim Ostermarsch in Dortmund in tätlichem Angriff von H.-P. Schulz, indem er Reinhard Funk/MLPD am offenen Mikrophon hinterrücks würgte, mit der Absicht, das Mikrophon zu entwenden. Er setzte, als dies nicht gelang, die Gewalt gegen weitere Teilnehmer in dem Block fort, eine Vertreterin der MLPD wurde ebenfalls brutal von hinten gewürgt, was durch Video und Bildmaterial belegt ist (siehe <https://www.rf-news.de/2022/kw24/offener->



Foto vom Ostermarsch Düsseldorf, 2021

brief-an-die-demokratische-oeffentlichkeit-wegen-un glaublicher-vorgaenge-auf-dem-ostermarsch-2022-in-dortmund-duisburg. Dieses Vorgehen stieß bei den Teilnehmern, die dies mitbekamen, auf große Empörung. Felix Oekentorp und H.-P. Schulz verlangten dagegen mit Lügen und Verdrehungen von der Polizei, die MLPD vom Ostermarsch auszuschließen und stellten Strafanzeigen gegen Reinhard Funk und die weitere Vertreterin der MLPD wegen angeblicher vorsätzlicher Körperverletzung.

Als die Vertreterin der MLPD, die selbst von Hans-Peter Schulz gewürgt wurde, versuchte, die Lügen über die MLPD gegenüber der Polizei richtigzustellen, wurde sie nun von der Polizei als „Störerin“ von der Versammlung ausgeschlossen. Dagegen läuft eine Dienstaufsichtsbeschwerde. Die Polizei legitimierte damit den offenen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz von F. Oekentorp und H.-P. Schulz. Das Versammlungsrecht ist ein Ergebnis und Schlussfolgerung aus dem Kampf gegen den Hitlerfaschismus, der jegliche Oppositionskräfte und vorneweg die Kommunisten und Gewerkschafter unterdrückte, ihre Häuser stürmte und ihre Fahnen verbot und das Auftreten auf öffentlichen Versammlungen untersagte. Es ist an Demagogie kaum zu toppen, wie der Anwalt von H.P. Schulz, Tim Engels/Düsseldorf, der eng mit der DKP zusammenarbeitet, die Sache auf den Kopf zu stellen versucht. So fordert er eine Nichtzulassung des Verfahrens mit der hanebüchernen Begründung: „Die Tatprovokation der selbsternannten „Marxisten-Leninisten“ ist offensichtlich. Offenbar ist der „MLPD“ nunmehr jedes Mittel recht, den politischen Gegner zu diskreditieren, sei es auch mit Hilfe der aus ihrer Sicht bürgerlichen Justiz. Diese sollte sich nicht zum Instrument der „MLPD“ machen lassen.“

Es ist schon erbärmlich, die klare Positionierung der MLPD gegen jede imperialistische Aggression und für die gesellschaftliche Alternative des echten Sozialismus auf dem Ostermarsch und ihre gleichberechtigte Teilnah-

me als eine „Tatprovokation“ zu bezeichnen, nach der sie damit selbst verantwortlich sei für die körperliche Attacken auf ihre Mitglieder. Das ist nicht weit weg von Methoden, wie in der bürokratisch-kapitalistischen DDR der 1980er-Jahre die Unterdrückung oppositioneller Kräfte gerechtfertigt wurde nach dem Motto, sie seien selbst verantwortlich, wenn sie unterdrückt werden, sie bräuchten sich ja nur an die vorgegebene Meinung anzupassen.

Dreist ist auch die Behauptung, die MLPD nutze die Justiz für politische Auseinandersetzungen gegen politische Gegner. Die Polizei wurde von Oekentorp und Schulz eingeschaltet mit der Absicht, die MLPD mit ihrer Hilfe auszuschließen, und sie stellten die Anzeigen gegen Reinhard Funk und die andere MLPD-Genossin, die H.P. Schulz selbst gewürgt hatte. Diese Anzeige wurden von der Staatsanwaltschaft Dortmund sofort eingestellt. Nach der im breiteren Umfeld immer deutlicher werdenden Kritik an diesem untragbaren Vorgehen wurde von DKP-Mitgliedern und Mitgliedern des Bündnis DSSQ (Duisburg stellt sich quer) behauptet, die MLPD habe eine „Rote Linie“ überschritten, wenn H.-P. Schulz als angeblicher „Linker“ für sein Vorgehen angezeigt worden sei. Die MLPD zu bekämpfen, ihre demokratischen Rechte und Freiheiten zu beschneiden, ihre Genossen zu würgen und die Polizei einzuschalten, wurde von ihnen in keiner Weise kritisiert.

Blinder Antikommunismus, der bis zu tätlichen Übergriffen gegen Genossen der MLPD geht, hat auch mit „Links“ nichts mehr zu tun. Das sind Methoden, die innerhalb der linken Bewegung nichts zu suchen haben und die man ansonsten von faschistischen Kräften kennt. Der Erhalt des Versammlungsrechts ist für alle Demokraten und die gesamten linken oppositionellen Kräfte in Deutschland von grundlegender Bedeutung. Es ist daher in ihrer aller Interesse, dass solche Vorgehensweise nicht geduldet, oder gar noch als normal bezeichnet und hingenommen wird.

Brandaktuell zeigt sich im Vorgehen des Staatsapparates gegen die Protestaktionen der „Letzten Generation“, von welcher großen Bedeutung die Verteidigung des Versammlungsrechts ist. H.-P. Schulz hat mit der Bezahlung einer Geldbuße die weiße Fahne gehisst und praktisch eine Schuld akzeptiert. Notwendig ist jedoch auch, dass er sich öffentlich und glaubwürdig für seine Entgleisung entschuldigt und zusichert, sich zukünftig auch wie ein „Linker“ zu verhalten.

Dass er dies bis heute nicht gemacht hat, lässt befürchten, dass weitere antikommunistische Entgleisungen von ihm nicht auszuschließen sind. Umso bedeutender ist, dass von allen fortschrittlichen Kräften das klare Signal ausgeht, dass dies nicht geduldet wird.

Schaut euch Bilder und Video an und bildet euch selbst eine Meinung.

STEFAN ENGEL

DIE KRISE DER BÜRGERLICHEN IDEOLOGIE UND DES OPPORTUNISMUS

Stefan Engel

DIE KRISE DER BÜRGERLICHEN IDEOLOGIE UND DES OPPORTUNISMUS

268 Seiten, 17,50 Euro
ISBN: 978-3-88021-616-7

Das Vertrauen in den Kapitalismus unter den Massen bröckelt erheblich. Die bürgerliche Ideologie dringt vor allem über opportunistische Strömungen in die fortschrittlichen Bewegungen und die Arbeiterklasse ein, um die Entwicklung des sozialistischen Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse zu verhindern. Der Opportunismus muss im weltanschaulichen Kampf auf der Grundlage der praktischen Kampferfahrungen nachhaltig überwunden.

Verlag Neuer Weg, Alte Bottroper Str. 42, 45356 Essen, Tel.: 0201 25915
www.people-to-people.de